



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Migration ist ein vielschichtiger Begriff, er bedeutet zunächst einmal nichts anderes als eine „Wanderungsbe-
wegung“, meist verstanden als Auswanderung. In einer
globalisierten Welt wie der unsrigen ist Migration ein alltäg-
licher Prozess, der sich im Kleinen wie im Großen, regional
wie auch grenz- und kontinentübergreifend vollzieht. Was
sich jedoch verändert hat, sind die quantitativen Dimensi-
onen. Seit einigen Jahren lässt sich beobachten, dass die
Zahl der Menschen, die migrieren und freiwillig oder aus
der Not heraus ihre Heimat verlassen, steigt. Laut Vereinten
Nationen umfasste diese Gruppe weltweit, einschließ-
lich der Flüchtlinge, im Jahr 2013 232 Millionen Personen.
Zum Vergleich: 1990 lag diese Zahl bei 154 Millionen.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Neben wirtschaftlichen
Motiven und der Hoffnung auf ein besseres Leben gehören
politische Verfolgung, Konflikte und regionale Krisen sowie
zunehmend Umwelt- und Klimaveränderungen zu den
wesentlichen Faktoren. Hinzu kommen Familienzusam-
menführungen und die oft zeitlich begrenzte klassische
Arbeitsmigration. Während die beiden letztgenannten Kate-
gorien zumeist auf regulären Wegen geschehen und durch
entsprechende Gesetze gesteuert werden können, bringen
irreguläre Wanderungen besondere Herausforderungen
für die Ursprungs-, Transit- und Zielländer mit sich. Diese
unterschiedlichen Facetten möchten wir in dieser Ausgabe
der *KAS-Auslandsinformationen* näher beleuchten.

Europa (als Kontinent) zählt noch vor Nordamerika zu den
Hauptzielregionen von Migranten. Innerhalb der Euro-
päischen Union trifft das insbesondere für Deutschland,
Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien zu. Die
europäischen Mittelmeerränder sind überdies von den
anhaltenden Flüchtlingsströmen aus Nordafrika und dem
Nahen Osten besonders betroffen. Schnell drängt sich der
Eindruck ungleicher Belastungen auf. Jedoch zeigen die

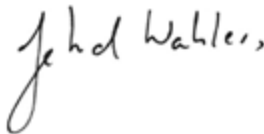
Registrierungspraktiken beispielsweise in Italien und Griechenland Unzulänglichkeiten auf, wenn etwa die Behörden Migranten und Asylsuchende zur Weiterreise in andere EU-Staaten ermuntern, ohne dass sie zuvor registriert worden wären. Dadurch treten die Schwächen des Dublin-Systems, das Asylverfahren innerhalb der EU regeln soll, offen zutage. Hier ist Handlungsbedarf angezeigt. Darauf weist auch Katharina Senge in ihrem Beitrag zur Migrations- und Asylpolitik der EU hin. Dass dieses Politikfeld von missverständlichen Wahrnehmungen gekennzeichnet ist, spricht sie genauso an wie verschiedene Möglichkeiten, die Aufnahme von Zuwanderern und Schutzsuchenden unter den EU-Mitgliedern solidarischer zu gestalten.

Mit welchen Belastungen ein Transitland der Migration konfrontiert ist, beschäftigt Helmut Reifeld am Beispiel Marokkos. Das Land hat aufgrund der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla direkte Außengrenzen mit der EU. Beide Territorien sind zwar von aufwändigen Zaunkonstruktionen umgeben. Doch ist das für tausende Migranten, überwiegend aus Subsahara-Afrika, kein Hinderungsgrund, deren Überwindung zu riskieren. Der Wunsch, Armut und Not hinter sich zu lassen, wiegt für sie schwerer als die Gefahren ihrer Flucht. Daher könnte die Schlussfolgerung des Autors Anlass sein, die Migrations- und die Entwicklungspolitik besser miteinander zu verknüpfen. Denn, so schreibt Reifeld, „die Migranten davon zu überzeugen, dass es für sie besser wäre, dorthin zurückzukehren, wo sie herkommen, ist ebenso surreal wie die größer werdende Grenzzaunanlage.“

Migration und Fluchtbewegungen sind in Asien und Amerika genauso gegenwärtig wie in Europa. Dies verdeutlichen die Beiträge von Benedikt Seemann und Miriam Fischer sowie von Dinorah Azpuru und Violeta Hernández. Zum einen stellen sie die philippinische Diaspora vor, die mit zehn Millionen Filipinos weltweit zu den größten zählt. Mit ihren Rücküberweisungen in die Heimat stützen sie die philippinische Wirtschaft. Allerdings hat die von der Regierung in Manila geförderte Auswanderung ihre Schattenseiten, wie Seemann und Fischer herausstellen. Zum anderen analysieren mit Blick auf Zentralamerika Azpuru und Hernández die Ursachen und Folgen der Abwanderung in Richtung USA. Die aktuellen Debatten zur US-Einwanderungspolitik,

die besonders im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2016 relevant werden dürften, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls aufgegriffen.

Die Bilder sind uns täglich in den Medien präsent: Menschen auf der Flucht in Syrien, im Irak, im Südsudan oder in der Ukraine, überfüllte Boote, die auf Lampedusa oder Malta angespült werden. Die Augen dürfen wir nicht verschließen, wenn Schutzbedürftige unsere Hilfe benötigen. Dies ist humanitäres Gebot und christliche Verantwortung. Noch stärker ist an die Verantwortung der Regierungen in den Abwanderungsländern zu appellieren. Denn Armut, schlechte Regierungsführung und Konflikte berauben die Menschen ihrer Entwicklungsperspektiven, zum Verlassen ihrer Heimat werden sie oft genug gedrängt. Migration ist Herausforderung und Chance zugleich. An einer vorausschauenden Migrationspolitik in Europa, die außen- und entwicklungspolitische Akteure einbindet und nach Möglichkeit auf einem konstruktiven Dialog mit den Ursprungsländern basiert, kommen wir nicht vorbei.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de